

Schwerter Zeitung

Die „Schwerter Zeitung“ erscheint täglich außer
Festtagen, Bezugspreis monatlich 14.— M., bei
Post 16.— M., ohne Postgebühren. Einzel-
hefte 1 mm hoch, 35 mm breite Seite.
80 H. Auswärts 1.— M. Bei Wiederholungen
entsprechender Nachzahlung 10. Proz. Rabatt
gilt als Kassenabrechnung und erstreckt sich auf
Zugangsrechnungen, gerichtliche Klagen u. dgl.
bedürfen der gemachten Zahlungsbedingung.

Verbunden mit: Schwerter
Tageblatt und Anzeiger
Schwerter Volkszeitung
Schwerter Volksblatt



Amthches Kreisblatt für den Kreis Hörde.

Welthofener Zeitung
Aplerbecker Zeitung
Langheder Zeitung
Holzwickeder Zeitung

Die „Schwerter Zeitung“ gewährt ihren Ab-
nehmern für jeden mit Tod endenden Unfall gemäß
ihrem Be- 500 Mark Unfall-
dingungen.
Druck u. Verlag v. Carl Brauns, Schwerter (Hörde)
Fernsprech. Anschluß Nummer 62.
Telegraphen-Adresse: Brauns, Schwerter (Hörde).
Postfach: Dortmund S. 2, Postnummer 24574.

Erstes und ältestes Tagesorgan des Kreises. — Generalanzeiger für den Kreis Hörde.

Nr. 11

Freitag, 13. Januar 1922

55. Jahrgang

Das Scheitern der großen Koalition

Mit dem Zusammentritt der Steuer-Ausschüsse hat nun sogleich die parlamentarische Sockelkonjunktur eingesetzt. Der gesamte Fragenkomplex der Reparationen, der Steuerkompromisse und der Regierungsbildung ist sofort in den Mittelpunkt der Erörterungen und Verhandlungen getreten.

Infolge der Haltung der Sozialdemokratie, welche ihre Forderung nach Erfassung der Sachwerte nicht aufgeben will, muß die erstrebte Einigung in den Steuerfragen nunmehr vorläufig als gescheitert angesehen werden. Die Besprechungen beim Finanzminister Hermes haben zu keinem Ergebnis geführt.

Die Deutsche Volkspartei ist jedenfalls von den Verhandlungen zurückgetreten. In den Kreisen der Volkspartei behauptet man die Entwidlung und ist keineswegs darüber erfreut, daß die Verhandlungen abgebrochen worden sind. Die Partei steht nach wie vor auf dem Standpunkt, daß grundsätzlich an der großen Koalition festgehalten werden müsse, wenn auch durch das vorläufige Scheitern des Steuerkompromisses die Bildung der großen Koalition vorläufig außerordentlich in Frage gestellt wird.

Die Situation wird dadurch ferner nicht erleichtert, daß auch die Demokraten erklären, unbedingte an der Seite der Deutschen Volkspartei bleiben zu wollen und im Falle des Scheiterns des Steuerkompromisses in keinem Falle in die Regierung einzutreten.

Das Zentrum steht nunmehr auf dem Standpunkt, daß es keinen Zweck habe, vor Beendigung der Konferenz von Cannes und vor dem Zusammentritt des Reichstagsplenums erneut die Frage in Angriff zu nehmen. Trotzdem will das Zentrum versuchen, in der Zwischenzeit abermals die Fühlung mit der Sozialdemokratie aufzunehmen und nochmals versuchen, die widerstrebende Sozialdemokratie zu einem Kompromiß heranzuziehen. Man wird gegenüber der Haltung der Sozialdemokratie auch diesen Bemühungen von vornherein nur sehr wenig Aussicht auf Erfolg zusprechen können.

Durch diese Entwicklung der Dinge ist natürlich die Stellung des jetzigen Finanzministers Hermes erschüttert. Man wird jedenfalls versuchen, Hermes, der ja unter dem Widerstand der Sozialdemokratie ganz besonders zu leiden hat, vorläufig zu halten, um unter keinen Umständen diesen Posten an die Linke abzugeben. Daß der Gedanke der großen Koalition schwer erschüttert ist, das bestätigt auch eine Meldung der im allgemeinen demokratisch orientierten Korrespondenz „Simon“, die berichtet, daß der Großblock vorläufig aufgegeben worden sei und daß man sich auch im Kabinett davon überzeugt habe, daß die Deutsche Volkspartei nicht gesonnen sei, in die Regierung einzutreten. Die Deutsche Volkspartei will, wie die Korrespondenz schreibt, die Verantwortung für das kommende Diktat von Cannes nicht übernehmen. Unter diesen Umständen wird auch die demokratische Reichstagsfraktion außerhalb der Regierung bleiben. Die Meldung dieser Korrespondenz eilt den Tatsachen zwar etwas voraus, ist aber für die Auffassung, die man in demokratischen Kreisen von der bisherigen Entwicklung begt, bezeichnend. Unter diesen Umständen werden die Steuervorlagen wohl kaum im Januar schon dem Reichstag beschickt werden. Man wird aller Voraussicht nach zunächst die im vergangenen Jahre unerledigten Vorlagen beraten. Das Scheitern des Steuerkompromisses wirft die längst befürchteten Konsequenzen namentlich die Reichstagsauflösung und Neuwahlen auf. Es ist klar, daß die Entscheidungen von Cannes die Dinge entscheidend beeinflussen müssen.

Rücktritt Briands.

En Paris, 12. Januar. Das Kabinett Briand ist zurückgetreten. Es verläutet, daß Poincaré mit der Neubildung des Kabinetts betraut ist.

Nähere Einzelheiten über den Rücktritt Briands.

Ministerpräsident Briand, der vorgestern vormittag in Paris ankam, hat sich in das Ministerium begeben, um dem Präsidenten der Republik über die geführten Verhandlungen zu berichten. Um 11 Uhr hat das Ministerium eine Sitzung abgehalten. Nach Schluß der Sitzung ist folgende amtliche Mitteilung ausgegeben worden: Nach dem Vortrage Briands über den Stand der Verhandlungen habe eine Beratung stattgefunden, nach der der Ministerrat ein vollkommenes und einmütiges Einverständnis mit dem Standpunkt des Ministerpräsidenten erklärt habe. In der Kammer gab Briand eine Erklärung ab, die zum Teil stürmische Unterbrechungen herbeiführte. Nachdem er diese Erklärung beendet hatte, teilte er mit, daß er sich nach dem Schluß begeben werde, um dem Präsidenten der Republik seinen Rücktritt zu überbringen. Es ist

hervorgehoben, daß Ministerpräsident Briand im Laufe seiner Erklärung feststellte, ob es dem französischen Parlament gefalle oder nicht, im Obersten Rat sei eine Mehrheit dafür vorhanden, daß man Deutschland einen Zahlungsaufschub gewähre. In der Reparationskommission habe Frankreich nicht die Mehrheit. Frankreich könne an dieser Tatsache nichts ändern.

Briand an Lloyd George.

Briand hat an Lloyd George im Laufe des Abends folgendes Telegramm geschickt:

Angeht die politischen Umstände, die ich bei meiner Ankunft in Paris vorgefunden habe, habe ich die Überzeugung gewonnen, daß es mir nicht möglich sei, den Platz als Ministerpräsident weiter inne zu haben. Nachdem ich die Demission des Kabinetts dem Präsidenten der Republik übergeben habe, kann ich nicht mehr nach Cannes zurückkehren, um an den Arbeiten des Obersten Rates teilzunehmen. Ich bitte Sie, diese Tatsache den Delegierten-Kollegen mitzuteilen und Ihnen gleichzeitig mit meiner Entschuldigung das Bedauern auszudrücken zu wollen, das ich dadurch haben muß, daß ich die Arbeiten mit Ihnen aufgeben muß.

Die Steuerfragen.

Eine Aktion der Linken.

Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund veröffentlicht eine Erklärung, die eine scharfe Kampfansage der freien Gewerkschaften und der sozialistischen Parteien an die bisherige Steuerpolitik der Regierung, in der bekanntlich die Sozialdemokratie ausschlaggebend vertreten ist, bedeutet. Diese Erklärung lautet:

„Die Durchführung des Steuer- und Reparationsproblems scheint immer mehr auf ein stilles Gießen zu geraten. Die Einziehung der Vermögenssteuer und des Reichsnotopfers läßt nach wie vor auf sich warten. Von der Kreditaktion der Industrie und der Landwirtschaft hört man seit dem Beschluß des vorläufigen Reichswirtschaftsrates auch wenig mehr und die Erfassung der Sachwerte, die den Ausgangspunkt für die gesamte Finanzreform bilden sollte, scheint gänzlich begraben werden zu sollen. Nur die Erhebung der Lohn- und Gehaltsabzüge geht prompt vonstatten, sodaß schließlich die Arbeitnehmer allein die Lasten tragen, die das Reich erfordert.“

Die Gewerkschaften sind aber nicht willens, sich mit diesem Zustand der Lastenverteilung abzufinden, und sie haben deshalb in Gemeinschaft mit den Vorständen der beiden sozialistischen Parteien beschlossen, in der Steuer- und Reparationsfrage mit stärkerem Nachdruck vorzugehen.

Sie haben zur besonderen Bearbeitung der Fragen der Erfassung der Sachwerte eine Kommission gebildet, der angehören: Bissel, Tarnow, Albrecht vom Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund, Aufhäuser, Urban vom Afa-Bund, ferner Bernstein, Rahmann von der S. P. D. und Dr. Hilferding und Dr. Herz von der D. D. P. Diese Kommission wird ihre Arbeiten unmittelbar nach dem Leipziger Parteitag der D. D. P. aufnehmen.

Die Konferenz von Cannes.

Welschadpolitik, nicht Gerechtigkeits.

So sehr auch die französische nationalistische Opposition, die sich um Clemenceau und Tardieu schart, bemüht ist, die politischen Vereinbarungen, zu denen Briand sich veranlaßt fühlt, als Mißerfolg der französischen Politik darzustellen, so ist doch bei der überwiegenden Mehrheit der hier weilenden französischen politischen Kreise festzustellen, daß mit dem Abschluß des französisch-englischen Sicherheitsbündnisses, dem auch Italien beitreten soll und voraussichtlich beitreten wird, Briand das französische Volk vor der politischen

Verunsicherung in der Welt gerettet habe. Die Absicht auf englischer Seite, die Räumung des besetzten Gebietes ausdrücklich in den vorliegenden Vertragsentwurf hineinzubringen, ist am französischen Widerstand gescheitert. Daß diese Räumung als natürliche Folge aus dem Bündnisvertrag über kurz oder lang zustande kommen muß, wird auf englischer, italienischer und auch belgischer Seite durchaus offen anerkannt. Briand hält sich aus an sich begreiflichen Gründen noch etwas zurück. Hat aber vorgestern im engeren Kreise zugegeben, daß aus Ersparnisgründen auch die französische Regierung eine schrittweise Verringerung der Besatzungstruppen in Aussicht nehme und billige. Es fällt überhaupt auf, wie bei der Erörterung des französisch-englischen Bündnisentwurfes das Wort „Ersparnisse“ immer wieder in den Vordergrund gehoben wird.

Kurzfristige Raubpolitik.

Die Franzosen sind eifrig bemüht, die Zwangs-erfassung des deutschen Besitzes in irgendeiner Form in die Bedingungen für die Reparationszahlungen einzuflechten. Sie schlagen vor, die Rückwanderung der den deutschen Großindustriellen gehörenden, im Ausland befindlichen Devisen nach Deutschland auf folgende Weise zu erzwingen: Die dem deutschen Großkapital gehörenden Fabriken, Geschäfte und Bankhäuser sollen konfisziert und solange den Reparationszahlungen verpfändet bleiben, bis die Besitzer sie mit ihren im Ausland befindlichen Devisen auslösen. Von kritischer Seite wurde diesem Argument mit der Erklärung begegnet, daß solche Maßnahmen nur zur Vernichtung hochwertiger Produktionsquellen führen würden. England habe selbst erfahren, daß es trotz seiner guten Valuta den Abschub bedeutender Kapitalien nach Holland nicht hindern konnte.

Frankreich wahrt seine „Rechte“.

Die französische Senatskommission für auswärtige Angelegenheiten hielt unter dem Vorsitz des Senatspräsidenten Poincaré eine Sitzung ab. Nach einer Prüfung der Lage, die durch die Konferenz von Cannes geschaffen wurde, entschied sich der Ausschuß mit Einmütigkeit aller anwesenden 25 Senatoren, folgendes Telegramm an Briand zu richten:

Der Senatsausschuß für auswärtige Angelegenheiten hat auf Verlangen einer großen Anzahl seiner Mitglieder und mit Rücksicht auf das allgemeine Gefühl, das sich in den Gruppen des Senats jetzt geltend gemacht habe, mich beauftragt, Ihnen eifrig Kenntnis von der Tages-

ordnung zu geben, die angenommen wurde. Der Ausschuß ist der Ansicht:

1. daß der wirtschaftliche und finanzielle Wiederaufbau Frankreichs eine wesentliche Bedingung des Wiederaufbaues Europas ist;

2. daß die Reparationen, auf die Frankreich Anspruch hat, unantastbar bleiben müssen, daß also weder eine neue Revision noch eine Abänderung des Zahlungsplanes vom 15. Mai 1921 angenommen werden kann. Es ist auch unzulässig, die belgische Priorität im mindesten zu erschüttern.

3. Frankreich kann sich zur geplanten internationalen Wirtschaftskonferenz nur begeben, wenn es im voraus die effektive Versicherung erhält, daß alle seine Rechte respektiert werden.

4. Der zwischen Frankreich und England diskutierte Pakt muß vor allem die garantierten Ausführungsmittel und Pfänder, die Frankreich aus den Verträgen zu empfangen habe, bestätigen, um es für die Gegenwart und Zukunft zu sichern.

Der Ausschuß ist in dessen der Ansicht, daß nichts wirksam werden kann, ohne die Minderheit der Kammer. — Die Mitteilung ist unterzeichnet von Raymond Poincaré.

Frankreichs Bündnispläne.

Die Reparationsfrage bildet nicht den Hauptgegenstand der Beratungen in Cannes. Wenn das in der deutschen Öffentlichkeit den Eindruck erweckt hat, so deshalb, weil es sich bei der Reparationsfrage um unsere Haut hierbei handelt. Herr Briand aber ist ernsthaft bemüht, eine andere Frage, eine hochpolitische Frage in den Vordergrund der Erörterungen von Cannes zu stellen. Die Tatsache des Stundungsbeschlusses läßt sich nun nicht mehr bezweifeln. Auch wenn französische Interessen durch diesen Beschluß nicht oder nur sehr wenig berührt werden, so braucht Herr Briand doch einen diplomatischen Erfolg, mit dem er Cannes vor der nationalistischen Kammer rechtfertigen kann. Aus diesem Grunde, aber nicht nur aus diesem Grunde allein, stellt Briand seine Bündnispläne immer wieder in den Vordergrund. Die Bündnispolitik, wohl gemerkt: die Bündnispolitik gegen Deutschland ist das Ziel der französischen Politik seit der Unterzeichnung des Versailler Vertrages gewesen. Damals wurde jenes Dokument von Clemenceau, Wilson und Lloyd George unterschrieben, aus dem heraus der französisch-englisch-amerikanische Garantievertrag entstehen sollte. Infolge der entschiedenen Ablehnung der Vereinigten Staaten kam jener Vertrag nicht zustande, und man darf annehmen, daß auch interessierte englische Kreise das Nichtzustandekommen dieses Vertrages begrüßt haben. Briand hat noch einmal in Washington versucht, etwas Ähnliches wie einen Garantievertrag vorzuschlagen und durchzuführen. Es ist ihm nicht gelungen, gelungen ist ihm dafür allerdings das andere, daß die Mächte sich um die Landabrüstung Frankreichs nicht gekümmert haben. Frankreich ruft nicht ab, aber es will doch den Garantievertrag, und dieser Vertrag ist allem Anschein nach der Preis für das französische Zugeständnis, das den Franzosen übrigens nichts kostet, in der Reparationsfrage. Auf englischer Seite will man diesem Vertrag ein anderes Gesicht geben; man will auch die übrigen europäischen Staaten in den Vertrag einbeziehen; man will einen allgemeinen Bündnisvertrag, bei dem auch Deutschland nicht fehlen soll, einen Vertrag, der allgemein den Status quo in Europa garantiert. Die französische Tendenz geht aber dahin, daß nur die Staaten einbezogen werden, die abhängig von der französischen Politik sind. Mit Belgien hat Frankreich so wie so schon ein militärisches Abkommen abgeschlossen, auch mit Polen sind derartige Verträge getätigt; nun will man diese Staaten mit in den großen Vertrag bringen. Dagegen sind auf englischer Seite starke Widerstände. Uns berührt diese Frage nur sehr wenig. Wir können keinen Krieg führen, noch wollen wir einen Krieg führen. Wir haben alles Interesse an einer Wie-

Vergewundung Europas. Das eine aber ist klar: daß Deutschland nicht eine Gefahr für den Frieden bildet, sondern daß jene Leute in Frankreich, die dem Chauvinismus in allen Tonarten huldigen, es sind, die eine wirkliche Friedensstimmung in Europa nicht aufkommen lassen.

Oberschlesien.

Kritisches Stadium in den ober-schlesischen Verhandlungen.

Nach einer in der Presse wiedergegebenen Meldung des „Matry“ aus Warschau soll die polnische Delegation von der Warschauer Regierung angewiesen worden sein, keiner Vereinbarung zuzustimmen, die der polnischen Regierung das Recht nehmen würde, das deutsche Eigentum in Oberschlesien zu liquidieren. Sollte diese Nachricht zutreffen, so dürften, wie uns von maßgebender Seite mitgeteilt wird, die deutsch-polnischen Verhandlungen in ein kritisches Stadium treten. Deutschland würde nicht in der Lage sein, einen Vertrag zu schließen, der Polen das von ihm beanspruchte Liquidationsrecht einkürmt.

Polnische Generalstreikbewegung in Oberschlesien

Unter den Gruben- und Hüttenarbeitern im ober-schlesischen Industriegebiet wird von polnischen Agenten mit allen Mitteln zum Streik gehetzt. Um auch die deutschen Arbeiter hierfür zu gewinnen, werden von den polnischen Agenten wirtschaftliche Momente in den Vordergrund geschoben. Unter der Bevölkerung wird das Gerücht verbreitet, der Generalstreik werde Ende Januar losgehen. Das Streben der Polen geht offensichtlich dahin, die letzten drei Industriegebiete Beuthen, Gleiwitz und Hindenburg in die Hände Polens zu bringen.

Konstantin und Sunaris.

König Konstantin ist kein Alexander. Statt das Schwert zu ziehen, schickt er seinen Unterhändler auf Reisen. Nach dem mißlungenen ersten Streich hofft er auf das Gelingen des zweiten, des diplomatischen. Unerreichbar weit ist die KonstantinStadt am Goldenen Horn wieder von Athen entfernt. Der König harzt, das Meer schlägt, Sunaris reist.

In Paris hat man ihn empfangen wie den Hund in der Kirche, den er hatte das Pech, gerade zu der Stunde einzutreffen, als die Franzosen auf eigene Faust mit den Angorastücken verhandelten. Sunaris hieß die Segel und fuhr nach London.

Aber Lloyd George hielt ihn von einem Tag zum andern mit leeren Reden hin, bis er die Mühle merkte und sich zurückzog, um bei einem zweiten Besuch noch nichtsagender behandelt zu werden. Bei einer so gründlichen Erklärung tut man gut, nach Italien zu gehen. Sunaris kam nach Rom — ausgerechnet vor Cannes.

Der Nachschuß kennzeichnet sein außergewöhnliches Pech. Die griechischen Zeitungen sind plötzlich über vor Liebe zu der alten Rivalin, sie finden, daß zwischen Rom und Athen nichts liegt als eine Brücke. Und sagt Rom: Wir wollen den Frieden, so antwortet Athen: Wir auch!

Dabei denkt aber Italien an Cannes und Griechenland an Angora, das ist der schwierige Punkt, über den nun Sunaris hinwegkommen soll.

Er ist gekommen, in aller Form ein Bündnis anzubieten, aber der Marchese della Torretta mußte nicht er selbst sein, wenn er auf eine klare Frage hier eine klare Antwort bereit hätte. Was kann dem heutigen Rom mit seiner schillernden Politik ein hübsches, nicht gefährliches Griechenland sein?

Die Stärke, die Zahlungsfähigkeit liegt offenbar auf der anderen Seite, bei den Kemalisten, denn mit ihnen macht heute der Franzose, vielleicht morgen der Briten seine Geschäfte.

König Konstantin zieht seine Krone in Gefahr, wenn er an den einzigen Ausweg denkt, der ihm bleibt: Frieden nach den Wünschen des Feindes zu schließen.

Aus Stadt und Land.

Schwerte, den 13. Januar.

**** Kohlenmangel und Arbeitslosigkeit.** In der Rheinprovinz ist die Arbeitslosigkeit im Steigen begriffen. Von zuständiger Seite erfährt man hierüber, daß als Ursache der Arbeiterentlassungen und Betriebseinschränkungen hauptsächlich Materialmangel und Knappheit an Kohle angegeben werden. Eine besonders starke Zunahme der Arbeitslosigkeit macht sich auch in den Ratzungs- und Genußmittelberufen bemerkbar. Im Baugewerbe sind Maurer und Dachbeder zwar noch immer gesucht, wegen des Angebots von Malern, Aufreißern und Verputzern noch weiter im Steigen begriffen ist. Im Handeltreibergewerbe hat sich auch die Lage für Verkäuferinnen noch weiter wesentlich verschlechtert.

**** Was kostet den Angestellten ihre Versicherung?** In der „Sozialen Praxis“ gibt der Geh. Regierungsrat Düttmann, ein hervorragender Kenner auf dem Gebiete der Versicherungswissenschaft, folgendes zum Besten: „Die Verteuerung ergibt sich aus folgenden Erwägungen: Für die Versicherung von rund 1.500.000 Angestellten war im Vorjahre die Richtigkeit von 123 höheren und 222 (gewisse) sogar 3491) mittleren und unteren Beamten erforderlich, und der Aufwand an Verwaltungskosten stieg von 23,8 Millionen Mark im Jahre 1910 auf 50 Millionen Mark, rund 40 Mark auf jeden Versicherten, im Jahre 1920. Dagegen waren bei den Versicherungsanstalten und Sonderanstalten (der allgemeinen Invalidenversicherung) nach den letzten vollständigen Nachweisungen für 1919 bei einem mehr als zehnfachen so großen Versichertenbestande neben 196 beamteten Vorstandsmitgliedern und höheren Beamten 4599 andere Beamte tätig, und der Aufwand an Verwaltungskosten betrug 58 Millionen Mark, rund 3,8 Mark auf jeden Versicherten. Dabei ist zu beachten, daß die Organisation der Versicherungsanstalten vollständig ausgebaut ist, daß im Jahre 1919 rund 380.000 Renten festzusetzen und 2 Millionen laufende Renten zu überwachen waren, wogegen bei der Angestellten-Versicherung der Ausbau erst in Angriff genommen und mit der Rentenzahlung kaum ein Anfang gemacht ist, also ein erhebliche Zunahme der Arbeit und damit der Kosten für die Mehrzahl der Beteiligten kommen muß.“

**** M.-G.-B. „Sängerbund“.** In der Haupt-Jahresversammlung des M.-G.-B. „Sängerbund“, welche sich eines sehr guten Besuchs erfreute, wurde u. a. auch die Vorstandswahl getätigt. Diefelbe hatte folgendes Resultat: B. Braukhoff, 1. Vorsitzender; Kall, 2. Vorsitzender; Karl Brandt, 1. Kassierer, Fritz Gebhardt, 2. Kassierer; Bonjahr, 1. Schriftführer, Wilh. Schmidt, 2. Schriftführer; Lobenstein und Baslowitz, Bibliothekare; Faber, Ries und Droste, Beisitzer. Chorleiter ist bekanntlich der Musiklehrer Niederstrich aus Heseloh. Das Vereinslokal bleibt nach wie vor im „Sängerheim“ (Altept). Der Verein zählt zurzeit 70 aktive und 50 passive Mitglieder.

**** Wahl zur Angestellten-Versicherung.** Am morgigen Samstag finden die Wahlen der Beisitzer zur Angestellten-Versicherung statt und zwar in der Zeit von 9 Uhr vormittags bis 6 Uhr abends. Das Wahllokal befindet sich im Rathaussaal. Alle Angestellten, männlichen und

weiblichen Geschlechts, welche dem Angestellten-Versicherungsgesetz unterliegen und das 21. Lebensjahr vollendet haben, sind zur Wahl berechtigt, soweit sie im Stadtbezirk Schwerte wohnen. Als Ausweis gilt die Versicherungskarte.

**** Der Schwerter Turnverein** feiert am morgigen Samstag sein diesjähriges Winterfest im Vereinslokal Specht. Die Feier findet geschlossen statt und haben zu derselben nur Vereinsmitglieder und deren Angehörige Zutritt.

**** Falsche Hundertmarkscheine.** Von den seit etwa einem Jahre zur Ausgabe gelangten Hundertmarkscheinen der Ausgabe mit dem Aufdruck: „1. November 1920“ sind neue Fälschungen im Verkehr aufgetaucht. Die falschen Scheine unterscheiden sich von den echten Scheinen durch das von dem echten Banknotpapier abweichende Papier, durch unklare und etwas verschwommene Druck, ferner fehlt bei den Fälschungen das Wasserzeichen und der Faserstreifen. Der Faserstreifen wird durch den Ausdruck von farbigen Strichen nur schlecht vorgetäuscht. Die falschen Scheine sind bei einiger Aufmerksamkeit leicht von den echten Scheinen zu unterscheiden.

**** S. S. B.** Die Haupt-Jahresversammlung des Schwerter Sportklubs findet heute (Freitag) abends 8½ Uhr im Lokale Posthof statt. Die Mitglieder seien auch an dieser Stelle auf die Aufmerksamkeit gemacht.

**** Die Notwendigkeit des Zeitungslesens.** Ein bemerkenswertes Urteil hat kürzlich das Landgericht München 2 nach einer Mitteilung der „Deutschen Gemeindezeitung“ über zwei Holzarbeiter gefällt, die wegen Nichtlesens von Zeitungen die Verordnung über unbefugten Waffenbesitz nach der Ablieferungsfrist übertreten hatten. Das Gericht bezeugte das Nichtlesen von Zeitungen als eine grobe Fahrlässigkeit und ließ auch die Einwendung nicht gelten, daß die Arbeiter in ihren Gebirgsdörfern keine Zeitungen zu lesen bekämen.

**** Auch ein Zeichen der Zeit.** Der Christliche Mittelstand, Ortsgruppe Köln, hat an den Regierungspräsidenten und den Oberbürgermeister einen Antrag gerichtet, in dem es heißt: Zahlreiche dem Mittelstand angehörende Personen sind infolge der Not der Zeit gezwungen, die in ihrem Besitz befindlichen Gold- und Silberwerte zu veräußern. Wir beantragen Einrichtung öffentlicher, möglichst unentgeltlich arbeitender Schätzungsstellen, denen zweckmäßig ein Sachverständiger aus der Industriebranche beigegeben wäre.

**** Geistes, 13. Januar.** Religiöser Vortrag. Es ist der Wunsch geäußert worden, daß sich die evangelischen Eingeweihten von Geisfeld-Richtendorf, die an der Förderung und dem Ausbau des evangelischen Gemeindelebens in diesem Bezirk ein Interesse haben, zusammenschließen möchten. Zur Aussprache über die bestehenden Pläne und Wünsche soll am kommenden Sonntag, nachmittags 5 Uhr, im Saale des Herrn Eichmann eine Besprechung stattfinden. Es wird ein einleitender Vortrag gehalten werden über das Thema: „Gemeindefunktionen und Zukunftsaufgaben des evang. Gemeindelebens in Geisfeld-Richtendorf“. Männer und Frauen, deren die Entwicklung des Gemeindelebens am Herzen liegt, werden zu dieser Versammlung herzlich eingeladen.

**** Gräfte, 12. Januar.** Der Dramatische Dilettantenverein hielt am Sonntag im Vereinslokal seine Jahres-Generalversammlung ab unter recht zahlreicher Beteiligung. Die Tagesordnung wurde flott erledigt; unter anderem wurde auch die Vorstandswahl vorgenommen.

men. Aus der Wahl gingen folgende Herren hervor: Bruno Weber, 1. Vorsitzender; Gottfried Küffel, 2. Vorsitzender; Max Weber, 1. Schriftführer, Heinrich Schulte, 2. Schriftführer; Karl Ninkhaus, Kassierer; Herb. Jonasohn, Regisseur; Alfr. Hande, Regisseur. Ferner wurde beschlossen, am 12. März d. J. einen größeren Theaterabend zu veranstalten. Die Vorbereitungen wurden einer Kommission übertragen.

**** Nennen, 12. Januar.** Kriegerverein. Neuester zahlreich hatten sich die Mitglieder des Vereins zu der ersten Hauptversammlung im Lokale Kirchhoff-Rehmann eingefunden. Da krankheitsbedingt der erste Vorsitzende Wimbeg sein Amt niedergelegt hat, wurde die Versammlung vom zweiten Vorsitzenden mit begründenden Worten eröffnet und geleitet. Der Barbetrag der Kasse beträgt am 1. Januar 1922 1525,10 Mark. Der Jahresbeitrag wurde auf 15 Mark festgesetzt. Zum ersten Vorsitzenden wurde Kamerad Rippelmeier einstimmig gewählt. Die turnusgemäß ausscheidenden Vorstandsmitglieder wurden wiedergewählt. In Anerkennung ihrer hohen Verdienste um den Verein wurden der bisherige Vorsitzende W. Wimbeg zum Ehrenvorsitzenden und der Schriftführer Lehrer Loose zum Ehrenmitglied ernannt. Einem Vortrag des Kameraden Kirchhoff über Bismarcks Entlassung wurde aufmerksam gefolgt und der Redner für seine klaren Darlegungen durch reichen Beifall gelohnt.

Aus den Provinzen.

Dortmund, 12. Januar. Aus Freiligraths Nachlaß. In der Stadtverordnetenversammlung wurde die Schenkung der sozialdemokratischen Fraktion aus dem Nachlaß Freiligraths mit herzlichem Danke angenommen. Die Schenkung besteht aus 150 gebundenen Büchern, 125 Handschriften und 60 Gelegenheitsarbeiten. Diese Dokumente befinden sich bisher in Frankfurt a. M.

Dortmund, 12. Januar. Die Grippe erforderte in der Zeit vom 1.—7. Januar 22 Todesopfer. Nach den amtlichen Ermittlungen hat sich die Krankheit zwar nicht weiter ausgebreitet, im Gegenteil ist nach den eingegangenen Meldungen ein gewisser Rückgang zu verzeichnen. Die Virulenz der jetzigen Grippe-Epidemie ist nicht mit derjenigen der Epidemie von dem Jahre 1920 zu vergleichen. Die jetzigen Todesopfer von 22 ist die bis jetzt erreichte Höchstzahl in einer Woche.

Dortmund, 12. Januar. Das Nordsternhaus verkauft. Das weithin bekannte Nordsternhaus am Markt, dessen Besitzerin die hiesige Union-Brauerei war, ist durch Kauf für den westfälischen Industrieverband erworben worden. Der Klub will durch den Erwerb seinen Mitgliedern und darüber hinaus der Industrie ganz allgemein ein Heim für Beratungen und Versammlungen bieten, im übrigen aber wird der selbsterhaltende Charakter des Hauses als modernes Kauf- und Bureauhaus durch den Verkauf einseitig nicht berührt.

Essen, 12. Januar. Was man bei Krupp gestohlen hat. Zur Bekämpfung des Diebstahls hat die Gußstahlfabrik Krupp in Essen einen besonderen Heberwachungsdienst eingerichtet. Diefem sind im Geschäftsjahre 1920-21 659 Diebstahlsfälle von Wertgegenständen mit einem Gesamtwert von rund 2.500.000 Mark bekannt geworden. Davon wurden wieder herbeigeschafft für 1.400.000 Mark. Gemeldet wurden außerdem 34 Diebstahlsversuche, 87 Diebstahlsfälle von Privateigentum im Werte und 41 sonstige strafbare Handlungen.

den Braven nur gleich nach dem Erwachen zu sehen. Unterdes hatte ein angesehener Mann auf dem nahen Marktplatz eine Geldsammlung begonnen. Geld lohnte freilich solch ein Tun nicht, als der brave Heu bewiesen; aber man könne ihm wenigstens zeigen, man wisse, was man ihm zu danken habe. In der Stimmung des Augenblicks, die in jedem einzelnen wiedererklang, ließen sogar anerkannte Geizhalse häufig heim, ihren Beitrag zu holen, unbefürchtet darum, daß sie eine Stunde später reuen würden. Wenige von den Wohlhabenderen schlossen sich aus; die Armen steuerten alle bei. Der Sammler erkannte selbst über den reichen Erfolg seiner Bemühungen.

Wohl eine halbe Stunde hatte Apollonius gelegen. Er sah sich um, hatte er noch gefürchtet, daß die Paternen vorfälschlich ausgetauscht wurden. Er hatte die Ausfahrt geschlossen und die Spritze leeren, die Schläuche in die Türmerstube bringen lassen, damit der Frost keinen Schaden daran bringen konnte. Er vermochte kaum mehr zu stehen. Der Banker, der unterdes heraufgekommen war, hatte ihn dennoch halb mit Gewalt in die Türmerstube herunterzwingen müssen. Dann hatte der Freund die Tür von innen verriegelt, Apollonius genötigt, die gestorenen Kleider auszuziehen, und dann wie eine Mutter am feinen Lieblingsbett gesessen.

Apollonius konnte nicht schlafen; der alte Mann litt aber nicht, daß er sprach. Er hatte Rum und Zucker mitgebracht; an heißem Wasser fehlte es nicht; Apollonius aber, der nie hitziges Getränk zu sich nahm, wies den Grog dankend zurück.

(Fortsetzung folgt).

Zwischen Himmel und Erde.

Nomem von Otto Ludwig.

50)

(Nachdruck verboten).

In Augenblicken allgemeiner Hilfslosigkeit klammert sich die Menge an einen Namen, an ein bloßes Wort. Ein Teil schiebt damit die Anforderungen des Bewußtseins zu eigenem Mühen, zu eigenem Wagnis von sich; und diese sind's, die dem Helfer, hat er nicht gehoffen, dann undarmherzig nachrechnen, was er getan und was er nicht getan. Die andern sind froh, täuschen sie sich nur über den nächsten Augenblick hinweg. „Was soll er?“ rief einer. „Helfen!“ „Retten!“ riefen andere. „Und wenn er Flügel hätte, in dem Sturm waagt's keiner.“ „Der Rettenmair gewiß!“ Im tiefsten Herzen wußten auch die Vertrauenssten, er wird's nicht wagen. Der Gedanke, daß die Flanke noch gelöst werden konnte, wenn sie nur zugänglich war, machte die allgemeine Empfindung peinlicher, da er die stumpfe Ergebung hinderte, wozu die unausweichliche Not mit wilder Härte zwang. Als die Ausfahrt sich öffnete und die herausgehaltene Leiter sichtbar wurde, als es schien, es waagte es dennoch einer, wirkte das so erschreckend, als der Einschlag selbst. Und die Leiter hing und schaukelte hoch oben mit dem Manne, der daran hinaufklimmte, von Schnee umwirbelt, von Blüten umgürtet; die Leiter hinauf, die wie aus einem Span geschnitten schien, und wie eine Glode mit ihm schaukelte, in der entsetzlichen Höhe. Jeder Atem stockte. Aus Hunderten der verschiedensten Gesichter starrte derselbe Ausdruck nach dem Manne hinauf. Keiner glaubte an das Wagnis, und sie sahen den Wagenden doch. Es war wie etwas,

das ein Traum wäre, und doch Wirklichkeit zugleich. Keiner glaubte es, und doch stand jeder einzelne selbst auf der Leiter, und unter ihm schaukelte der leichte Span in Sturm und Blitz und Donner hoch zwischen Himmel und Erde. Und sie standen doch auch wieder unten auf der festen Erde und sahen nur hinauf; und doch, wenn der Mann stürzte, dann waren sie's, die stürzten. Die Menschen unten auf der festen Erde hielten sich krampfhaft an ihren eigenen Händen, an ihren Stößen, ihren Kleibern an, um nicht herabzustürzen von der entsetzlichen Höhe. So standen sie sicher und hingen doch zugleich über dem Abgrunde des Todes, jahrelang, ein Leben lang, denn die Vergangenheit war nicht gewesen; und doch war's nur ein Augenblick, seit sie eben hingen. Sie vergaßen die Gefahr der Stadt, ihre eigene über die Gefahr des Menschen da oben, die ja doch ihre eigene war. Sie sahen, der Brand war getilgt, die Gefahr der Stadt war vorüber; sie wußten es wie in einem Traum, wo man weiß, man träumt; es war ein bloßer Gedanke ohne lebendigen Inhalt. Erst als der Mann die Leiter herabgeklommen, in der Ausfahrt verschwunden war und die Leiter sich nachgezogen hatte, erst als sie nicht mehr oben hingen, als sie sich nicht mehr an den eigenen Händen, Stößen und Kleibern festhalten mußten; da erst kämpfte die Verwirrung mit der Angst, da erst erstarrte der Jubel: „Zu braver Jüngel!“ in dem Angstschrei: „Er ist verloren!“ Eine alterszitternde Stimme begann zu singen: „Nun danket alle Gott“. Als der alte Mann an die Zeile kam: „der uns behütet hat“, da erst stand alles vor ihrer Seele, was sie verlieren konnten und was ihnen verbleibt war. Die fremdesten Menschen fielen sich in die Arme, einer umschlang in dem an-

den die Leben, die er hätte verlieren können, die ihm gerettet waren. Alle stimmten ein in den Gesang, und die Töne des Dankes schwellten durch die ganze Stadt, über Straßen und Plätze, wo Menschen standen, die gestürzt hatten, und drangen in die Häuser hinein bis in das innerste Gemach und stiegen bis in die höchste Bodenstube hinauf. Der Kranke in seinem einsamen Bett, das Alter in dem Stuhl, wozu es die Schwäche gebannt hielt, sang von ferne mit; Kinder sangen mit; die das Lied nicht verstanden und die Gefahr, die abgewendet war. Die ganze Stadt war eine einzige große Kirche, und Sturm und Donner die riesige Orgel darin. Und wieder erhob sich der Ruf: „Der Rettenmair! Wo ist der Rettenmair? Wo ist der Helfer? Wo ist der Helfer? Wo ist der brave Mann?“ Sturm und Gewitter waren vergangen. Alles stürzte durcheinander, den Gerufenen suchend; der Turm von Sankt Georg wurde gestürmt. Den Suchenden kam der Zimmermann entgegen und sagte, der Rettenmair habe sich einen Augenblick im Türmerstübchen zur Ruhe gelegt. Nun drangen sie in den Zimmermann, er sei doch nicht beschädigt? Seine Gesundheit habe doch nicht gelitten? Der Zimmermeister konnte nichts sagen, als daß Rettenmair mehr getan habe, als ein Mensch im gewöhnlichen Lauf der Dinge zu tun imstande sei. Bei solchen Gelegenheiten, wie die Rettung heute, sei der Mensch ein anderer; hintennach erkannte er selber über die Kräfte, die er gehabt. Aber es bezog sich alles. Ihn — den Zimmermeister — sollte es nicht wundern, schiese Rettenmair nach der gehaltenen Anstrengung drei Tage und drei Nächte in einem Ritt hintereinander fort. Die Leute schienen bereit, so lange auf den Treppen zu warten, um

Bub
Sach
im, d
und bei

Gerichtlich
eigentum
Jahren 19
Gefängnis,
Geldstrafe
titel für die
Solingen

Wupper füll
welters Hoch
den Hren g
an der Wup
den, die Wup
Wupper bil

Düsselbo
Infolge der
städtische
die Lieferun
Maßnahme
Wirtschafts
zuführen an
Die Güter
sind durch
bahnerfrei
tatswert n
finninten
bringen.

Emmer
der Soz
netenstun
Unterstütz
geheißt. E
denen bere
vor Weich

Nachen,
das „Echo
Leiter de
gefangen,
von Wagg
aufzubede
gons han
Verschiebe
Hafet. E
nahme ni
Gefahr ist
freie Ge
verfahren
führen, d
beschäftigt

)(S
außergew
Rheinbe
steigerte,
den Schu
eingeschr
höheren
In den
gig der
Wärme
eingeschr
ganz E
(N

dieser L
Schweiz
einer L
Große
internat
haben b
Der Si
naten u
daß in
zugrun

)(E
einer
bürg
30 Ber
tenhau

)(
figers.
wärtig
dem 5.
teils
Frau
feine
häftni
Frau
ermor

)(
Der
bei R
Bage
sönen
beret

)(
Reich
telegr
ben)

Bub oder Mädel



Das ist gleich — beide müssen frühzeitig an die Arbeit gehen. Die regelmäßige Anwendung von Sabot lässt sich nämlich erst zur Bildung von Schuppen und Schuppen kommen, das Haar wird nicht festsitzen, sondern fällt ab, und das Haar ist dann dünn und locker. Sabot ist in allen Apotheken, Drogerien, Parfümerien und bei den Friseurern zu haben.

Gerichtlich bestraft wegen Diebstahls von Werkzeu-
eigentum wurden 240 Personen mit insgesamt 17
Jahren Zuchthaus, 32 Jahren und 11 Monaten
Gefängnis, 28 Jahren Ehrverlust, 8229 Mark
Geldstrafen und 5 Verweisen. — Kein Ruhmes-
titel für die Arbeiterschaft.

Solingen, 12. Januar. Hochwasser. Die
Wupper führt infolge des eingetretenen Tau-
wetters Hochwasser und ist an vielen Stellen aus
den Ufern getreten. In den meisten Schleiflöchern
an der Wupper mußte die Arbeit eingestellt wer-
den, die Bienen und Weiden in der Nähe der
Wupper bilden große Seen.

Düsseldorf, 12. Januar. Ohne Strom.
Infolge der mangelhaften Kohlenzufuhr ist das
städtische Elektrizitätswerk gezwungen, von heute
die Lieferung von Kraftstrom einzustellen. Diese
Maßnahme, die von schweren Folgen für das
Wirtschaftsleben der Stadt begleitet ist, ist zurück-
zuführen auf den mangelhaften Eisenbahnverkehr.
Die Güterbahnhöfe in der Umgebung Düsseldorfs
sind durch die Nachwirkung des jüngsten Eisen-
bahnverkehrs so verstopft, daß es dem Elektri-
zitätswerk nicht möglich ist, die für das Werk be-
stimmten Kohlenzufuhren nach Düsseldorf zu
bringen.

Emmerich, 12. Januar. Unterstützung
der Sozialrentner. In der Stadtverord-
nenversammlung wurde ein Kredit von 80 000 Mk. zur
Unterstützung der Sozialrentner zur Verfügung
gestellt. Es kommen hier 110 Familien in Frage,
denen bereits Zuschüsse in Höhe von 23 855 Mark
vor Weihnachten ausbezahlt worden sind.

Nachen, 12. Januar. Schiebungen. Wie
das „Echo der Gegenwart“ erzählt, ist es dem
Leiter der hiesigen Eisenbahnüberwachungsstelle
gelingen, große Unterschleife und Schiebungen
von Wagonladungen nach dem Kreis Geldern
aufzudecken. Es soll sich um etwa 30 bis 40 Wag-
ons handeln. Geschädigt ist ein großes Werk.
Verschiedene Angestellte des Werkes wurden ver-
haftet. Eisenbahner sind mit einer einzigen Aus-
nahme nicht in die Angelegenheit verwickelt. Als
Helfer ist eine angesehene Persönlichkeit aus dem
Kreis Geldern verhaftet worden. Das Gerichts-
verfahren dürfte zu einem der größten Prozesse
führen, die die Staatsanwaltschaft in letzter Zeit
beschäftigten.

Bunte Chronik.

1) Schneeschmelze im Schwarzwald. Nach dem
außergewöhnlich starken Frost, der sich in der
Rheinebene und im Schwarzwald bis zu 18 Grad
steigerte, ist jetzt ein Weiterwärtung eingetreten. In
den Schwarzwaldbergen hat hartes Schneegestöber
eingesetzt, und die Schneelage erreichte in den
höheren Bergen durchschnittlich 1 Meter Höhe.
In den tiefer gelegenen Bergen und in der Ebene
ging der Schnee in Regen über, und bei 3 Grad
Wärme hat Tauwetter und rapide Schneeschmelze
eingesetzt. Unter diesen Umständen besteht für
ganz Süddeutschland Hochwassergefahr.

2) Neue Schneefälle in den Alpen. Zu Beginn
dieser Woche haben neue Schneefälle in der
Schweiz eingesetzt. Es wehen heftige Stürme bei
einer Windstärke von 140 Sekundenkilometern.
Große Verkehrsstörungen werden befürchtet. Die
internationalen Telephon- und Telegraphenlinien
haben bereits stark unter Schneestürmen gelitten.
Der Südpass der Alpen ist dagegen seit sechs Mo-
naten ohne Niederschläge. Es wird befürchtet,
daß in dieser Gegend der Schweiz alle Kulturen
zugrunde gehen.

3) Massenvergiftung durch Kohlenas. Bei
einer Feier im Kurpark in München-Riemphen-
bürg erkrankten durch ausströmendes Kohlenas
36 Personen. Sechs Personen wurden ins Kran-
kenhaus gebracht.

4) Mysteriöses Verschwinden eines Hotelbe-
sitzers. Eine dunkle Affäre beschäftigt gegen-
wärtig die Greifswalder Kriminalpolizei. Seit
dem 5. August ist von dort der Inhaber des Ho-
tels „Süddeutscher Hof“ W. verschwunden. Die
Frau hat von dem Verschwinden des Mannes
keine Anzeige gemacht, und da die Familienver-
hältnisse ungünstig waren, vermutet man, daß die
Frau von dem Verschwinden weiß und daß W.
ermordet ist.

5) Zugunglück an der deutsch-böhmischen Grenze.
Der Personenzug Maschau-Oderberg ist nachts
bei Liptawitz infolge Gleitschubs entgleist. Drei
Wagen sind über den Damm gestürzt, 23 Per-
sonen sind leicht, 5 schwer verletzt. Der Personen-
verkehr wird durch Umsteigen aufrecht erhalten.

Aus dem Reich.

Ebert an Fehrenbach.
Reichspräsident Ebert hat an den früheren
Reichskanzler Fehrenbach folgendes Glückwunsch-
telegramm geschickt: Zur Vollendung des 70. Ge-
burtstages übermittle ich Ihnen meine herzlichsten
Grußworte.

Glückwünsche. Sie blicken an diesem Tage zurück
auf ein Leben reich an Mühen und Erfolgen.
Ihre erfolgreiche Tätigkeit im politischen Leben
der engsten Heimat hat Sie in den großen Wirt-
schaftskreis der Reichspolitik hineingeführt, in dem
Sie als Parlamentarier, als Präsident des Reichs-
tages und der Nationalversammlung und zuletzt
als Reichskanzler in besonders schwierigen Zeiten
dem deutschen Volke große Dienste geleistet haben.
Ich hoffe zuversichtlich, daß Sie in Gesundheit
und Frische noch lange Jahre an der Wiederan-
richtung unseres Vaterlandes mitarbeiten können.

Note der Kaiserin über die deutschen Werke

Der deutschen Botschaft in Paris wurde die
schon lange erwartete Note der Botschaftskonferenz
über die deutschen Werke überreicht. Die Note
hat folgenden Wortlaut: Ein. Es ist die Botschaft
Botschaftskonferenz mit Schreiben vom 15. No-
vember 21 die Auffassung Ihrer Regierung über
die Frage der deutschen Werke wissen lassen. Ich
beziehe mich, mitzutellen, daß die Botschaftskonferenz
alle Maßnahmen, die die interalliierte Mil-
itärkontrollkommission in diesem Sinne getroffen
hat, als vollständig begründet ansieht. Inzwischen
ist die Kommission ermächtigt worden zur Durch-
führung der Umstellung, die sie für erforderlich
erachtet, Fristen zu bewilligen, die ausreichen, um
die besonderen Interessen der Arbeiterschaft voll-
ständig zu wahren. Bedingung ist dabei, daß die
Umstellung spätestens im Zeitpunkt des Ausganges
jeder effektiven Kontrolle seitens der alliierten
Mächte vollständig beendet ist. Die Botschafts-
konferenz hat die interalliierte Militärkontroll-
kommission angewiesen, diese Einweisung zur
Kenntnis der deutschen Regierung zu bringen und
alle Einzelheiten zu regeln, die das Schreiben
Kur. Es ist vom 16. November auswirft.
Die Note ist von Cambon unterzeichnet.

Die Erlassung der Sachverhalte.

Der „Vorwärts“ veröffentlicht folgende Mitteil-
ung in Fettdruck: Die Durchführung der Steuer-
und Reparationsprobleme scheint immer mehr auf
ein totales Scheitern zu geraten. Die Einziehung der
Vermögenssteuer und des Reichsnotopfers läßt
nach wie vor auf sich warten. Von der Kredit-
aktion der Industrie unter Hinzuziehung der Land-
wirtschaft hört man seit den Beschlüssen des vor-
läufigen Reichswirtschaftsrates nichts mehr. Die
Erlassung der Sachverhalte, die den Ausgangspunkt
für die gesamte Finanzreform bilden sollte, scheint
daher begraben werden zu wollen.

Für beschleunigte Steuererhebung.

Während Lohn- und Gehaltsempfänger durch
den gesetzlich vorgeschlagenen Steuerabzug zur
Einkommensteuer reiflos herangezogen worden
sind, haben die übrigen Einkommensteuerpflichti-
gen, namentlich die Handel- und Gewerbetreibenden
u. a., bisher ihrer Einkommensteuer nicht ge-
nügen können, da ihre Veranlagung durch die
Steuerbehörde zu einem sehr großen Teil noch
nicht erfolgt ist. Dieser Umstand hat den allge-
meinen deutschen Gewerkschaftsbund, den AfA-
Bund und den deutschen Beamtenbund veranlaßt,
gemeinsam an die Reichsregierung und den
Reichstag das dringende Ersuchen zu richten, so-
fort ein Notgesetz herbeizuführen, welches 1.
die noch nicht eingeschätzten Steuerpflichtigen ge-
setzlich verpflichtet, die rückständigen Steuern aus
den verfloßenen Jahren vorläufig zum Satz der
Selbstveranlagung, spätestens bis zum 31. Januar
1922 zu entrichten; 2. allen Steuerpflichtigen die
gesetzliche Pflicht auferlegt, vor ihrer endgültigen
Steuerveranlagung wiederholentlich bis zum 31.
März, 30. Juni, 30. September und 31. Dezem-
ber jeden Jahres den Selbstveranlagungsbetrag
ihrer Steuern abzuführen. 3. Wer sich bei der
Zahlungspflicht nach Ziffer 1 und 2 absichtlich
oder schuldhafterweise zu gering einschätzt oder zu
geringe Zahlungen leistet, muß nach der endgülti-
gen Festsetzung durch die Steuerbehörde das Mehr-
fache zahlen.

Weltrundschau.

Italien wieder in der Schweiz.

Die frühere Kaiserin Zita wird voraussichtlich
über Basel in die Schweiz einreisen. Sie wird in
dem Spital, in dem sich ihr Sohn befindet, Woh-
nung nehmen und unter ständiger polizeilicher
Bewachung stehen.

Der Friede in Irland.

Aus ganz Irland treffen Nachrichten über die
Vegetation ein, mit der die Bevölkerung den
Friedensbeschluss des Dail Eireann aufgenommen
hat. In Dublin und einigen anderen Städten
zog eine aufgeregte und janzende Menge durch
die Straßen. Die Menge schrie: Gott segne Giff-
ith und Collins. Giffith ist zum Präsidenten
des Dail gewählt. Devalera verließ die Kammer,
gefolgt von seiner Partei. Die Wahl fiel des-
halb einstimmig auf Giffith. Dann wurde das
Kabinett ernannt, in dem Collins Finanzminister
wurde. Bei Eröffnung der Sitzung wurde eine
Botschaft des Papstes verlesen, in der er seine
Freude über die Einigung Irlands mit England
ausdrückte.

Die deutsche Konkurrenz in Italien.

Italienische und französische Blätter stellen
fest, daß Italien bereits stark die „verderblichen“
Wirkungen der deutschen Konkurrenz für die ita-
lienische Eisenindustrie fühlt. Gleichzeitig ist die
deutsche Konkurrenz besonders tätig in der Pa-
pierbranche, in Glaswaren und Farbstoffen. Im
italienischen Senat erklärte Orlando, daß die
deutsche Einfuhr innerhalb der letzten Monate
auf 924 Millionen Lire angewachsen ist, von denen
nur etwa 5 Millionen auf Rohstoffe entfallen.

Erblösungsmäßige Verlobung.

Wie die Grager „Tagespost“ aus Belgrad mit-
teilt, befindet sich die Nachricht von der Verlobung
König Alexanders mit der rumänischen Prinz-
essin Maria.

Letzte Drahtmeldungen.

Eigener Devisendienst.

Zusammentritt des Reichstages?

Berlin, 13. Januar. Man rechnet in parla-
mentarischen Kreisen damit, daß die Entwicklung
der Dinge in Cannes einen früheren Zusamen-
tritt des Reichstages veranlassen könnte. Es wird
betont, daß die Einberufung des Reichstages zum
19. Januar in der Voraussetzung geschah, daß
nicht der Verlauf der internationalen Verhand-
lungen eine frühere Einberufung erforderte. Dies
scheint aber jetzt doch der Fall zu sein.

Das Reichskabinett hielt gestern nachmittag
6 Uhr eine Kabinettsitzung ab, in der es sich
außer anderen Angelegenheiten auch mit einigen
Einzelfragen, die die Reparationen betreffen, be-
faßte. Während der Beratung wurde dem Reichs-
kabinett die Demission Briands mitgeteilt.

Rathenau in Cannes.

II Cannes, 13. Januar. Die Entschädigungs-
kommission hat die deutsche Abordnung über die
drei in dem Briefe der Kommission vom 16. De-
zember 1921 gestellten Fragen gehört, nämlich 1.
darüber, welche Zahlungen Deutschland am 15.
Januar und 15. Februar leisten zu können glaubt;
2. über den Zahlungsmodus des Restbetrages
und die im Zahlungsstatut vorgesehenen Teil-
zahlungen; und 3. über die für die Zukunft zu
leistenden Bürgschaften. Nach den Meldungen der
Pariser Blätter soll Rathenau die drei Fragen
der Kommission ungefähr wie folgt beantwortet
haben: Er legte den Fehlbetrag der deutschen
Handelsbilanz und die daraus folgenden Schwierig-
keiten in der Devisenbeschaffung dar, die nur
durch Produktionssteigerung und Ausfuhrver-
mehrung behoben werden können. Dies wiederum
würde erst nach Abbau der Zollschranken und Ein-
führung einer neuen Weltwirtschaftspolitik mög-
lich. Sodann erklärte Rathenau: Zum 15. Ja-
nuar und 15. Februar könne Deutschland nicht
mehr als zusammen 200 Millionen Gold-
mark zahlen und zwar in Noten von 80, 90 und
30 Millionen Goldmark. Einige der Bürgschaften,
die die Verbündeten für die Stundung verlang-
ten, könne Deutschland annehmen. Zum Schluß
forderte Rathenau, vom Obersten Rat gehört zu
werden. Diesen Wunsch wird entsprechen
werden.

Androhung von Zwangsmaßnahmen.

II Cannes, 13. Januar. Nach einer Korre-
spondenz wurde den deutschen Delegierten mitge-
teilt, daß die ersten Zwangsmaßnahmen für den
Fall, daß Deutschland seinen Verpflichtungen nicht
nachkommen sollte, in der Aufhebung des zu er-
wartenden Moratoriums bestehen. Eine weitere
Zwangsmaßnahme würde darin bestehen, daß der
Oberste Rat die Fortdauer des Zinsendienstes für
die deutschen Renten verbieten würde.

Sonntag Abschluß der Konferenz?

II Paris, 13. Januar. Wie der Berichter-
statter der „Vossischen Zeitung“ erzählt, besteht in
Cannes die Absicht, die Konferenz am Sonntag
mittag zu schließen, gleichgültig, ob Briand noch
als französischer Ministerpräsident aus Frankreich
zurückkehrt, um die schwebenden Verhandlungen
zum Abschluß zu bringen. Lloyd George und die
Mitglieder der englischen Delegation beabsichti-
gen, Cannes am Sonntagabend zu verlassen.

Italien für das System der Verständigung.

II Rom, 13. Januar. Der „Popolo Romano“
schreibt in einem bemerkenswerten Leitartikel, daß
zwischen Briands Haltung und den Richtlinien, die
die Kammer ihm nach Cannes mitgegeben hätte,
Gegensätze beständen. Ueberdies wären tiefgehende
politische Änderungen bei den politischen maß-
gebenden Faktoren Frankreichs zu erwarten. Je-
denfalls könne Italien die künftige tolle Politik
gegenüber Deutschland und Ausland nicht mit-
machen, sondern sich nur einem System der Ver-
ständigung anschließen.

Eisenbahn-Altglüd.

II München, 13. Januar. Nach Mitteilung
der Eisenbahndirektion München fuhr gestern ein
Güterzug bei Seidenbrunn auf eine dort stehende
Wagengruppe auf. Zwei Zugbeamte wurden ge-
tötet, drei Zugbeamte und ein Viehwagenbegleiter
wurden teils schwer, teils leicht verletzt. 27 Wa-
gen und zwei Lokomotiven sind entgleist.

Das Erwachen Brangels.

II Berlin, 13. Januar. Wie man nach den
letzten hier eingetroffenen Nachrichten urteilen
kann, ist General Brangel eben im Begriff, die
Reste seiner Armee, die sich in den Balkanländern
befanden, neu zu formieren, um mit englischer und
französischer Hilfe von Madinopol aus einen
neuen Feldzug gegen die Rote Armee zu unter-
nehmen. Diese Absichten des weißgardistischen
Generals sind jedoch längst bekannt worden. Dies
geht deutlich aus einem Aufruf eines ehemaligen
zaristischen Generals an die im Ausland leben-
den russischen Offiziere hervor, in dem auf die
Unmöglichkeit dieses Vorhabens Brangels hinge-
wiesen wird.

Für die Redaktion verantwortlich: Friedr. Kraas.
Druck und Verlag: Carl Braus, beide in Schwerin.

Verordnung

betreffend Einlieferung der für die Zeit
vom 1. April bis zum 31. Dezember 1921 ver-
wendeten Steuerkarten und Markenblätter.

Auf Grund des § 444, Abs. 3, der Reichs-
abgabenordnung vom 13. Dezember 1919
(Reichsgesetzbl. S. 1993) wird folgendes bestimmt:
§ 1

Jeder Arbeitnehmer ist verpflichtet, inner-
halb des Monats Januar 1922 seine Steuer-
karte und die losen Markenblätter, die für den
in der Zeit vom 1. April bis zum 31. Dezember
1921 bezogene Arbeitslohn zum Einkommen und
Entwerfen von Steuermarken verwendet worden
sind, der für ihn zuständigen Steuerbehörde
(Kämmereikasse, Stadtkasse, Amtskasse) zu über-
geben oder zu überlassen. In Stelle des
Arbeitnehmers kann der Arbeitgeber die Ein-
lieferung der Steuerkarten oder Markenblätter
übernehmen. Die Einlieferung kann gemäß
§ 202 der Reichsabgabenordnung erzwungen
werden.

§ 2

Auf die Verpflichtung nach § 1 hat der
Arbeitgeber durch Anschlag in den Arbeits-
und Geschäftsräumen hinzuweisen.

§ 3

Arbeitnehmer, deren Steuerkarten oder
Markenblätter nicht eingeleistet sind, werden
für das Rechnungsjahr 1921 zur Einkommen-
steuer veranlagt.

§ 4

Die eingeleisteten, für die Zeit vom 1. April
bis zum 31. Dezember 1921 verwendeten
Steuermarken werden auf die für das Rech-
nungsjahr 1921 zu entrichtende Einkommen-
steuer angerechnet.

Die für die Zeit bis zum 31. März 1921
verwendeten Steuermarken können auf die
Einkommensteuer für das Rechnungsjahr 1920
gemäß § 48 des Einkommensteuergesetzes auch
weiterhin an Zahlung Statt hingegeben werden.

§ 5

Ueber den Nennbetrag der eingeleisteten
Steuerkarten ist eine Quittung zu erteilen.

Berlin, den 21. Dezember 1921.

Der Reichsminister der Finanzen.

Bekanntgegeben:

Hörde, den 10. Januar 1922.

Das Finanzamt: Dr. Schmidt, Regierungsrat.

Höchstpreise für Brot.

Auf Grund des § 34 Abs. a des Gesetzes über
die Regelung des Verkehrs mit Getreide vom 21.
Juni 1921 (R. G. Bl. S. 737) wird in Abänderung
der Verordnung des Reichsausschusses des Land-
kreises Hörde vom 16. Dezember 1921 betr. Höchst-
preise für Brot und Viehl folgendes bestimmt:

I.

Die Höchstpreise für die nachstehend aufgeführten
rationierten Backwaren werden wie folgt festgesetzt:

a) Braubrot.

mit einem Verkaufsgehalt von 6 Pfd. 11,90 Mk.
mit einem Verkaufsgehalt von 3 Pfd. 6,— Mk.
im Aufschnitt für 500 Gramm (1 Pfd.) 2,10 Mk.
im Aufschnitt für 250 Gramm (1/2 Pfd.) 1,10 Mk.

b) Kaffeebrot und Stutenbrot.

mit einem Verkaufsgehalt von 6 Pfd. 12,— Mk.
mit einem Verkaufsgehalt von 3 Pfd. 6,— Mk.
im Aufschnitt für 500 Gramm (1 Pfd.) 2,10 Mk.
im Aufschnitt für 250 Gramm (1/2 Pfd.) 1,10 Mk.

Im übrigen bleiben die Bestimmungen der oben
angegebenen Verordnung bestehen.

II.

Diese Verordnung tritt mit dem 12. Januar
1922 in Kraft.

Hörde, den 9. Januar 1922.

Der Kreisausschuß des Landkreises Hörde.

Bekanntmachung.

Als Sonderzuteilung wird in den Mehlmeh-
handlungen des Landkreises Hörde auf die Mehlmeh-
markte (Brotmarkte) der Woche Nr. 52, gültig
vom 2. Januar 1922 bis 4. Februar 1922 je 500
Gramm (1 Pfd.) Roggenmehl (amerik. Weizenmehl)
zum Preise von 3,75 Mk. für das Pfd. auszugeben.
Das Roggenmehl kann auf diese Marke sofort bis
zum 4. Februar 1922 ausbezogen werden. Eine
Doppelbezeichnung anderer Mehlmärkte mit ge-
mäßigttem Mehl findet nicht statt.

Hörde, den 10. Januar 1922.

Der Kreisausschuß des Landkreises Hörde.

Hörde, Piepenstockplatz 3b